

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0226) 21 90 36/39
Telefax: 8 86 648 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Dr. Wilhelm Bruns zu den
Ergebnissen des Gipfeltref-
fens Bush/Gorbatschow: Ei-
ne Etappe zu einer besseren
europäischen Sicherheits-
struktur.

Seite 1

Dr. Liesel Hartenstein MdB
zum internationalen Tag der
Umwelt: 90er Jahre - Jahr-
zehnt ökologischer Entschei-
dungen.

Seite 4

Dieter Schanz MdB zu den
Wahlen in Myanmar (Bur-
ma): Internationale Kontrol-
le erforderlich.

Seite 6

45. Jahrgang / 105

5. Juni 1990

Eine Etappe zu einer besseren europäischen Sicherheitsstruktur

Zu den Ergebnissen des Gipfeltreffens Bush/Gorbatschow

Von Dr. Wilhelm Bruns
Abteilungsleiter in der Friedrich-Ebert-Stiftung

I.

Die Bewertung des jüngsten sowjetisch-amerikanischen Gipfels fällt ambivalent aus. Gemessen an den greifbaren Ergebnissen hat dieser Gipfel die hohen Erwartungen nicht gerechtfertigt. Die bescheidenen Abmachungen bei der chemischen Abrüstung wie die Festlegung auf einen Rahmen bei START sowie das in Aussicht gestellte Handelsabkommen, das der UdSSR die begehrte Meistbegünstigung verschafft, liegen mehr im Bereich der vertrauensbildenden Maßnahmen.

Im Vorfeld des Bush-Gorbatschow-Gipfels gab es reichlich Spekulationen. Drei davon betrafen zentrale Fragen europäischer Sicherheit:

- Gorbatschow werde zum erstenmal exakt Bedingungen für die Hinnahme der NATO-Mitgliedschaft Deutschlands nennen, also zu einem konditionalen Ja kommen.
- Gorbatschow und Bush würden die Differenzen ausräumen beziehungsweise verringern, die den Abschluß eines ersten VKSE-Abkommens in Wien bislang verhinderten.
- Schließlich würden beide Ideen und Vorschläge erörtern, die den KSZE-Prozeß intensivierten und institutionalisierten.

In der wichtigen Frage einer Bündnismitgliedschaft Deutschlands gab es zwar kein greifbares Ergebnis, aber einige Sätze bei der abschließenden gemeinsamen Pressekonferenz, sowie offenbar wichtige vertrauliche Gespräche, auf die man zurückkommen wird.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Versandfertig gedruckt
mit veredeltem Rohmaterial
Recycling-Papier



II.

Bush hat auf der gemeinsamen Pressekonzferenz gesagt: „Wir stimmen voll darin überein, daß die Frage der Bündnismitgliedschaft, entsprechend der Schlußakte von Helsinki, eine Sache ist, die die Deutschen entscheiden müssen.“ Gorbatschow hat dem offenbar zugestimmt. Dies ist ein wichtiges Ergebnis, auf dem aufzubauen ist.

Die UdSSR hat bislang kategorisch erklärt, für sie sei eine Mitgliedschaft des künftigen Deutschlands in der NATO nicht hinnehmbar. Sowjetische Gesprächspartner fügen jedoch ergänzend hinzu: In dieser NATO!

Eine veränderte NATO wie die gemeinsame Entwicklung eines neuen europäischen Sicherheitssystems über die Institutionalisierung des KSZE-Prozesses wäre die Brücke.

Wie bekannt wurde, konzentrierten sich die Gipfelgespräche auf Punkte, die sich zusammengefaßt in einem 9-Punkte-Plan von Baker finden. Diese Punkte bezeichnen eine Agenda, die sowohl bei den 2 + 4 Gesprächen wie insbesondere bei den VKSE-Verhandlungen in Wien ausverhandelt werden müssen:

- Obergrenzen für deutsche und andere Truppen in Zentraleuropa im Rahmen von VKSE II,
- weitere Stationierung von Sowjettruppen in der jetzigen DDR für eine Übergangszeit,
- deutsche finanzielle Beiträge für die Stationierungskosten beziehungsweise für die Rückführung der Sowjettruppen,
- die Zusicherung, daß NATO-Streitkräfte nicht auf dem Gebiet der jetzigen DDR stationiert werden,
- eine Garantie der heutigen Grenzen Deutschlands,
- eine Bekräftigung des deutschen Verzichts auf atomare, biologische und chemische Waffen,
- die Schaffung von Organen und Zuständigkeiten für die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE),
- eine Überprüfung der Strategie der NATO und ihrer Streitkräftestruktur und
- Verhandlungen über die atomaren Kurzstreckenwaffen unmittelbar nach Abschluß von Wien II.

Dieser 9-Punkte-Plan zeigt methodisch auch den richtigen Ansatz: Die deutsche Einigung wie die europäische Sicherheit dürfen nicht auf die Bündnisfrage reduziert werden. Vielmehr muß diese eingebettet werden in einen größeren Zusammenhang. Für diesen Zusammenhang stehen die vier Buchstaben KSZE. Im übrigen können auf diesem Wege auch die stagnierenden VKSE-Verhandlungen in Wien flottgemacht werden. Das heißt Abschluß eines ersten VKSE-Abkommens noch vor der Sommerpause mit dem unmittelbaren Anschluß von VKSE-Verhandlungen mit dem Ziel, Obergrenzen „für deutsche und andere Truppen in Zentraleuropa“ festzulegen. Dies wäre in der Sache notwendig und würde der UdSSR entgegenkommen.

III.

Alles, was die Deutschen künftig singularisiert und damit diskriminiert, ist falsch. Ebenso falsch wäre es, alles auf die deutsche Frage zu reduzieren. Vielmehr kommt es darauf an, den künftigen sicherheitspolitischen Status Deutschlands einzubetten in eine europäische Sicherheitsstruktur. Dafür bietet sich der KSZE-Prozeß an, nicht als Alternative zur NATO, sondern als Ergänzung - jedenfalls in mittlerer Perspektive.

Auf dem Gipfel wurde der sowjetische Vorschlag eines „Rates für Großeuropa“ diskutiert, gemeint ist damit ein „Forum der höchsten Führer“ aller KSZE-Mitgliedsstaaten. In ihm würden die „Kernfragen der europäischen Politik erörtert und auf der Grundlage eines Konsenses prinzipielle politische Zielsetzungen und konkrete Entscheidungen ausgearbeitet“. Über weitere Institutionalisierungen des KSZE-Prozess, etwa über die Bildung eines Rates der Außenminister, eines Botschafter-Konsultationsmechanismus und über die Schaffung eines ständigen Sekretariats der KSZE besteht Einverständnis. Auch die beiden deutschen Staaten haben sich hier bereits mit Vorschlägen beteiligt.

Dazu gehört auch die Schaffung eines europäischen Zentrums für Konfliktprophylaxe und Krisenmanagement.

Zwei Dinge sind jedoch zu beachten:

- 1.) Diese verschiedenen Institutionen der KSZE müssen nun in ihrer Aufgabenstellung beschrieben werden und es muß dazu ein Verfahren entwickelt werden, damit diese Institutionen auch angemessen arbeiten können.
- 2.) Bei allen neuen Vorschlägen muß klar sein, daß wir bereits einen verabredeten Mechanismus haben, das sind die 2 + 4 Gespräche.

IV.

Worauf kommt es jetzt an? Im wesentlichen auf zwei Akteure: Auf die Bundesregierung und auf das sowjetische Verhalten.

Die Bundesregierung darf nicht vertrauen, daß sich die UdSSR beim künftigen sicherheitspolitischen Status Deutschlands auf die NATO zubewegt – ohne eigenes Zutun. Vielmehr muß die Bundesregierung drei Dinge tun:

- Sie muß den sicherheitspolitischen Dialog mit der UdSSR intensivieren.
- Sie muß sich dafür einsetzen, daß die NATO ihre Militärstrategie (MC 14/3) zeitgemäß gestaltet, d.h. ändert und
- sie muß die Chance erkennen, m i t der UdSSR zusammen den KSZE-Prozess zur Gestaltung einer neuen europäischen Sicherheitsstruktur voranzutreiben.

Das Verhalten der UdSSR wird von zweierlei abhängen:

- Davon, was in der Veränderung der NATO-Strategie substantiell geschieht und
- davon, ob sie den deutschen Einigungsprozeß einschließlich einer NATO-Mitgliedschaft Deutschlands bei geänderter NATO für sich von Vorteil sieht oder nicht. Dabei spielt sicher eine Rolle, daß der wichtigste politische und ökonomische Partner der UdSSR das künftige Deutschland sein wird. D.h. die UdSSR muß das Spannungsverhältnis von legitimer deutscher Selbstbestimmung und legitimen sowjetischem Mitwirkungsrecht zugunsten der deutschen Selbstbestimmung auflösen - in ihrem Interesse und mit ihrem künftigen Vorteil!

V.

Der Dialog wird heute bilateral und im Rahmen der 35 in Kopenhagen fortgesetzt. Insofern war dieser 17. Gipfel eine wichtige Etappe auf dem Weg zu einer neuen und besseren europäischen Sicherheitsstruktur!

90er Jahre - Jahrzehnt ökologischer Entscheidungen

Zum internationalen Tag der Umwelt

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
des Deutschen Bundestages

Die scheinbar „goldenen“ 80er Jahre, gekennzeichnet durch eine flott laufende Wirtschaft, durch eine anhaltend hohe Konjunktur und zunehmenden Wohlstand in den Industrieländern, haben zugleich eine häßliche Kehrseite: sie sind zum Jahrzehnt globaler Umweltkrisen geworden. Waldsterben, Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, Robbensterben in der Nordsee, Entdeckung des Ozonlochs, Klimaaufheizung - die Stichworte erscheinen in unaufhörlicher Folge wie flackernde Menetekel an der Wand.

Heute ist klar, daß mehr als die Hälfte aller Schäden, die in den vergangenen drei Jahrhunderten den Ökosystemen der Erde zugefügt wurden, auf das Konto der letzten 30 Jahre gehen, also zusammenfallen mit einer Phase weltweiter forcierter Industrialisierung.

Die Liste globaler Umweltzerstörungen ist lang:

- Vergiftung der Böden und Gewässer durch Pestizide und andere Chemikalien,
- Ausdehnung der Wüstengebiete um acht bis zehn Millionen ha pro Jahr infolge Abholzung, Überweidung und großflächiger Erosion,
- Verknappung der Trinkwasservorräte; über 40 Länder werden schon in absehbarer Zeit keine ausreichende Wasserversorgung mehr haben,
- rapide Vernichtung der tropischen Regenwälder, jede Minute werden 38 ha unwiederbringlich zerstört; schon um die Jahrtausendwende werden Tropenländer wie die Elfenbeinküste, Nigeria oder die Philippinen ihre gesamten Waldbestände verloren haben,
- Verlust des Artenreichtums der Erde; täglich sterben fünf bis zehn Pflanzen- und Tierarten aus,
- Aufheizung der Erdatmosphäre durch den sogenannten Treibhauseffekt, der schon in den nächsten 40 Jahren zu einem mittleren Temperaturanstieg von vier bis sechs Grad Celsius führen wird mit der Folge der Versteppung fruchtbarer Gebiete, des Absterbens der nördlichen Wälder, der Überflutung der Küstengebiete durch die Erhöhung des Meeresspiegels.

Als die UN-Vollversammlung 1972 den Tag der Umwelt ins Leben rief, wollte sie dazu beitragen, das Umweltbewußtsein zu wecken und die Bereitschaft zur Akzeptanz notwendiger Schutzmaßnahmen zu stärken. Wenige Wochen zuvor hatten sich auf der wegweisenden Stockholmer Umweltkonferenz 113 Länder auf diese Marschlinie verständigt. Die in den vergangenen 18 Jahren unternommenen nationalen Anstrengungen sind äußerst unterschiedlich; insgesamt lehrt die Erfahrung jedoch,

- daß nachträgliche Umweltreparatur in jedem Fall teurer wird als rechtzeitige Umweltvorsorge,
- daß die großen Gefährdungen, wie Luftverschmutzung und Gewässerverschmutzung, längst grenzüberschreitend geworden sind,

- daß eine Beschleunigung und Globalisierung des Umweltverbrauchs eingetreten ist, die die Initiatoren von 1972 noch kaum vorhersehen konnten.

Da die Industrieländer, in denen nur 1/4 der Weltbevölkerung lebt, gut 3/4 der Rohstoff- und Energieproduktion der Erde verbrauchen und 80 Prozent aller umwelt- und klimaschädlichen Emissionen erzeugen, sind sie die Hauptverantwortlichen für die globalen Bedrohungen. Darauf hat auch der Bundespräsident mit seiner eindringlichen Mahnung im Mai letzten Jahres hingewiesen, als er sagte: „Noch leben wir in unverantwortlichem Ausmaß auf Kosten anderer Teile der Welt und zu Lasten der Zukunft.“

Soll der ökologische Kollaps vermieden werden, müssen die reichen Länder des Nordens als erste den Umstieg auf ökologisch angepaßte Wirtschaftsformen vollziehen: mit drastischen Maßnahmen zur Energieeinsparung, wobei die Zielmarke der Weltklimakonferenz von Toronto, bis 2005 die CO₂-Emissionen um 20 Prozent zu senken, von seiten der Industrieländer möglichst überschritten werden muß; mit zügigem Aufbau einer neuen regenerativen Energieversorgung unter besonderer Nutzung der Solar-Wasserstoff-Technologie; mit einer konsequenten Eindämmung der Wegwerfgesellschaft und nicht zuletzt mit einem großzügigen Transfer umweltfreundlicher, energiesparender und abfallarmer Technologien in die Dritte Welt.

Das Motto für den Weg der Umwelt lautet: „Gemeinsames Europa, gemeinsame Umwelt“. Das kann nur als doppelte Aufforderung verstanden werden: nämlich eine Umweltunion in der EG zu schaffen und dabei auch für die DDR und die Länder Osteuropas die Tür offen zu halten. Zweifel am Willen der Zwölf zu „Mehr Ökologie“ sind allerdings angebracht. Der quälende jahrelange Streit um die Abgasreinigung der Kraftfahrzeuge kann nicht gerade hoffnungsvoll stimmen. Wo bleibt das EG-weite Verbot der ozonerstörenden FCKW, wo bleibt die schnelle EG-weite Entschwefelung und Entstickung der Kraftwerke und Industriefeuerungen, wo bleiben Maßnahmen zur Reduzierung der Massentierhaltung? Der Binnenmarkt will mehr Wachstum, dabei könnte die Umwelt unter die Räder kommen. Die EG gehört mit 320 Millionen Menschen zu den großen Wirtschaftsböcken der Welt. Wenn in diesem dichtbevölkerten und hochindustrialisierten Europa eine Ökologisierung der Wirtschaft stattfindet, kann davon eine Initialzündung ausgehen, auch für das Verhältnis zwischen Nord und Süd. Umweltpartnerschaft ist heute gleichzeitig Überlebenspartnerschaft; die Weichen dafür werden in den 90er Jahren gestellt.

{-/5.6.1990/rs/ks}

* * *

Internationale Kontrolle erforderlich

Zu den Wahlen in Myanmar (Burma)

Von Dieter Schanz MdB

Mitglied im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages

Die scheinbar für die demokratische Opposition erfolgreich verlaufenden ersten demokratischen Wahlen vom 27. Mai 1990 in Myanmar (Burma) sind als erster Schritt auf dem richtigen Weg zu einem demokratischen Staat zu begrüßen.

Dies soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß noch mehr zum Prozeß der Demokratisierung einer Gesellschaft gehört; angesprochen sind, hier vor allen Dingen die Wahrung der Menschenrechte und die Gewährung aller demokratischen Grundrechte.

Es gilt, international darauf zu achten, ob der sehr zu begrüßende eingeschlagene Weg von der neuen Führung auch eingehalten wird und dementsprechend sollten nötige Hilfen zur Verfügung gestellt werden.

Natürlich müssen jetzt alle politischen Gefangenen entlassen und die Verantwortlichen für das Massaker an oppositionellen Studenten zur Rechenschaft gezogen werden.

Weil das Endergebnis der Wahlen, die nicht ohne Zwischenfälle stattgefunden hatten, erst in circa 3 Wochen feststehen dürfte, muß dem Militärregime die Möglichkeit genommen werden, das Ergebnis der Wahlen noch zu manipulieren. Internationale Kontrolle und Druck sind hierfür nötig.

Die Bundesregierung wurde von mir aufgefordert, in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, jedenfalls noch vor der Sommerpause, über die aktuelle Lage in Myanmar zu berichten.

(-/5.6.1990/rs/ks)

* * *